

PRESSEMITTEILUNG

Mauterhöhung: Klimaschutzziel nur vorgeschoben: CO₂-Vermeidung Marke Tiefensee wäre unbezahlbar. Bundesverkehrsminister Tiefensee behauptet, via LKW-Maut 300.000 Tonnen CO₂ einzusparen

VVWL, Münster, 02.07.2008: Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee will vorgeblich mit der Lkw-Maut-Erhöhung zum 01.01.2009 jährlich 300.000 Tonnen CO₂ einsparen. Nach Ansicht des Verbandes Verkehrswirtschaft und Logistik Nordrhein-Westfalen (VVWL) e.V. entspräche dies Vermeidungskosten von rund 7.000 € pro Tonne CO₂ – damit wäre jede eingesparte Tonne Kohlendioxid umgerechnet dreieinhalb Mal so teuer wie eine Tonne reinen Aluminiums! CO₂-Emissionsrechte für die Industrie werden derzeit mit 20 € pro Tonne – also 3 ‰ des über Maut verrechneten Betrages – gehandelt. Es geht deshalb nicht um Klimaschutz, sondern um „Abzocken pur“.

Der Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) e.V. in Frankfurt am Main wirft Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee Ökopolitismus vor. Tiefensee hatte angekündigt, mit der Lkw-Maut-Erhöhung zum 01.01.2009 jährlich 300.000 Tonnen CO₂ einsparen zu wollen (und das auch noch über den verstärkten Einsatz von Euro V-Fahrzeugen, die im täglichen Fahrbetrieb mitunter sogar höhere Treibstoffverbräuche haben als ältere Lkw). Bei zusätzlichen Mautkosten von über 2 Mrd. € entspräche dies Vermeidungskosten pro eingesparter Tonne CO₂ von rund 7.000 € – damit wäre eine Tonne Kohlendioxid umgerechnet dreieinhalb Mal so wertvoll wie eine Tonne reinen Aluminiums! CO₂-Emissionsrechte für die Industrie werden derzeit mit 20 € pro Tonne – also 3 ‰ des über Maut verrechneten Betrages – gehandelt. Es geht deshalb nicht um Klimaschutz, sondern um „Abzocken pur“.

Wenn alle Klimaschutzmaßnahmen, die von der Bundesregierung bis 2020 geplant sind, so ineffizient wären, kostete dies Deutschlands Verbraucher umgerechnet 12 Bio. € (in Worten: Zwölf Billionen Euro)!!! Diese völlig realitätsfernen Dimensionen sind nach Ansicht des BGL ein deutliches Indiz dafür, dass das von Minister Tiefensee ins Feld geführte Ziel des (in dieser Art und Weise unbezahlbaren) Klimaschutzes nur vorgeschoben ist, um der Mauterhöhung ein ökologisches Deckmäntelchen umhängen zu können. Im Endeffekt geht es ganz offensichtlich nur um eines: Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen abgezockt werden, und zwar möglichst so, dass sie es nicht einmal richtig bemerken. An der Inflation in Deutschland sind nicht nur Ölkonzerne, Spekulanten und Ölproduzenten schuld: Der „raffgieriger Staat“ fordert immer mehr Geld. Ob dies nun auf Mehrwertsteuererhöhung, Strompreis-inflation durch Klimaschutzprogramme, Biospritsteuern oder Mautabzocke zurückgeht, ist eigentlich Nebensache.

Fest steht: Die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel macht alles noch viel teurer.

Münster, den 02. Juli 2008
Dr. Christoph Kösters
Geschäftsführer